



1. Eröffnung der Stadtratssitzung durch die Stadtratspräsidentin für das Jahr 2022, Lüthi Beatrice (FDP)

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Guten Abend miteinander. Ich eröffne die Stadtratssitzung von heute Abend und somit die erste Sitzung im Jahr 2022. Ich begrüsse Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, die anwesenden Personen aus der Verwaltung, ebenso die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und sonst auch alle, die etwas für die heutige Sitzung vorbereiteten und auch allfällige Gäste.

Speziell begrüssen möchte ich drei Personen heute Abend: Erstens befindet sich heute ein neues Mitglied, eine neue Stadträtin unter uns, und dies ist Verena Heubi. Herzlich willkommen, Verena.

(Applaus)

Sie ist die Nachfolgerin von Simon Lüdi, der auf Ende Jahr aus dem Stadtrat ausschied. Als zweites möchte ich Roland Loser besonders begrüssen. Ich erfuhr erst gerade vorhin, dass er heute sein Geburtstag feiert. Stimmt das, so gratuliere ich ganz herzlich und falls es nicht stimmt, ist es auch gut.

(Applaus)

Wir machen es heute kurz und schmerzlos, ist das gut so? Als drittes begrüsse ich gerne Caspar Probst, rechts von meiner Seite. Er ist der stellvertretende Stadtratssekretär, da Simone Burkhard Schneider ferienabwesend ist. Aber ich vermute, dass sie sich ein bisschen eine schlechte Woche auswählte, weil es unsicher ist, ob sie aufgrund der Wetterprognosen eine wirklich schöne Ferienwoche verbringen konnte. Aber es sind immerhin Ferien.

So, nun bevor wir zu unseren Traktanden kommen, finde ich auf meiner Traktandenliste noch eine Eröffnungsrede. Und genau da müssen Sie nun durch und so machen wir das jetzt. Als erstes möchte ich Ihnen etwas zeigen, was für mich sehr wichtig ist. Es geht um dieses Büchlein hier, eine Ausgabe des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, aber wie Sie sehen, handelt es sich nicht um die Ausgabe von 2022. Diese Version beinhaltet ein paar Vorschriften, die ich Ihnen gerne kurz vorlesen möchte. Aber keine Angst, das dauert nicht lange.

«Die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen, die Rechte und Pflichten des Ehemanns, Art. 160, des Zivilgesetzbuches in der Version von 1987: Der Ehemann ist das Haupt der Gemeinschaft. Er bestimmt die eheliche Wohnung und hat für den Unterhalt von Weib und Kind in gebührender Weise Sorge zu tragen» Dies schien 1987 noch Gültigkeit zu haben. «Rechte und Pflichten der Ehefrau gemäss Art. 161: Die Ehefrau erhält den Familiennamen und das Bürgerrecht des Ehemannes. Sie steht dem Manne mit Rat und Tat zur Seite und hat ihn in seiner Sorge für die Gemeinschaft nach Kräften zu unterstützen. Sie führt den Haushalt.» Weiter zitiere ich unter Art. 167, Abs. 1 zum Beruf und Gewerbe der Ehefrau: «Mit ausdrücklicher oder stillschweigender Bewilligung des Ehemannes ist die Ehefrau unter jedem ehelichen Güterstand befugt einen Beruf oder ein Gewerbe auszuüben.» Dies hat Schauer märchen-Potential für das Jahr 2022, oder sehen Sie das anders? Lassen Sie sich doch einmal diese damaligen Bestimmungen auf der Zunge zergehen. Aber keine Angst, ich will jetzt hier und heute Abend keine feministische Vorlesung abhalten, wofür wir ja dann noch das ganze Jahr Zeit haben. Aber diese Bestimmungen beeinflussten mein Leben stark. Ich las diese Bestimmungen nämlich als Teenager und bekam darüber akuten Brechreiz und behielt diesen auch lange Zeit bei.

Sollte ich als intelligente Frau, was ich einfach einmal so behauptete, die studieren wollte, unter Geschlechtsvormundschaft stehen? Sollte ich als unselbständige Person angesehen werden, die nicht einmal einen Wohnsitz selber begründen kann? Oder eine Berufstätigkeit nur dann ausüben kann, wenn eine Bewilligung des Mannes vorliegt? Ich fühlte mich ohnmächtig, ungerecht behandelt, und letztlich war es dies ja auch. Und es war bereits damals verfassungswidrig. Noch bitterer war, dass zur Zeit als dieses Zivilgesetzbuch im 19. Jahrhundert erarbeitet und 1907 im Parlament verabschiedet wurde, man bereits damals den Konservativen im Familienrecht Zugeständnisse machte, damit sie mithalfen ein Schweizerisches Zivilgesetzbuch zu verfassen. Frauenorganisationen wehrten sich bereits im 19. Jahrhundert gegen solche Bestimmungen, was für einige Kantone einen Rückschritt bedeutete. Aber es war alles vergebens, hatten die Frauen damals doch keine politischen Rechte und konnten im Parlament nicht mitdiskutieren. Immerhin wurde 1979 eine Botschaft verabschiedet, die die Aufhebung dieser Diskriminierungen vorsah. Und erst kurz nach meinem 20. Geburtstag –ich wurde damals



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

eben erst mit 20 Jahren volljährig, wurde am 5. Oktober 1984 eine entsprechende Vorlage beschlossen. Und gegen diese Vorlage wurden sogar zwei Referenden ergriffen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an das damals neue Ehe- und Erbrecht von 1984. Als junge Frau verfolgte ich danach den Abstimmungskampf intensiv, hörte den Diskussionen, den Podien und den diversen Auftritten zu und musste dabei immer wieder den Kopf schütteln. Ich fieberte mit, verschlang alle Zeitungsartikel dazu und half am 22. September 1985 mit abzustimmen. Sie können sich wohl vorstellen, wie ich abstimmte.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Bei dieser Vorlage handelte es sich um diejenige Vorlage, die mich politisierte. Und seither, seit 1984 – dabei handelte es sich bereits um die fünfte Abstimmung, zu der ich stimmberechtigt war, liess ich keine Abstimmung und keine Wahl mehr aus. Und genau darum geht es mir heute auch ein bisschen. Als dienstalt Stadratsmitglied, das eher am Ende der politischen Karriere als Stadträtin steht, möchte ich den Jungen und den Frauen gerne Folgendes mit auf den Weg geben – und eben nicht nur Ihnen als Stadratsmitgliedern, weil Sie sicherlich auch auf eine bestimmte Art und Weise politisiert wurden, da auch Ihnen vielleicht eine Vorlage so ans Herz ging und sie dafür mitfieberten: Wichtig ist, dass «jede Stimme zählt». Gehen Sie abstimmen und nehmen Sie an Wahlen teil und machen Sie auch hier im Stadtrat mit. Politik ist auch keine Mathematik, sondern es geht um Interessen, es geht um Macht. Seien Sie sich bewusst, dass auch Ihre Interessen und auch meine Interessen wichtig und legitim sind. Nie wieder ohnmächtig!

Verbesserungen lassen sich nur dann erzielen, wenn wir uns selber und aktiv einsetzen, wenn wir argumentieren und überzeugen. Und ohne Beitrag und ohne, dass ich mich entsprechend zu Wort melde, finde ich ja politisch gar nicht statt. Man nimmt mich nicht wahr und man berücksichtigt mich auch nicht. Wer nicht mitbestimmt, über den wird anschliessend bestimmt. Dabei ist mir nun aber auch wichtig, dass Argumente der Gegenseite nicht per se falsch oder nichts wert sind, sondern es geht dabei vielleicht einfach um einen anderen Blickwinkel aufgrund von anderen Erfahrungen. Wichtig sind somit das Zuhören und das Eingehen auf andere Argumente. Gut, es gibt Grenzen. Entsprechend muss ich Ihnen noch folgenden Text vorlesen, fand ich doch im Abstimmungsbüchlein des einen Referendumskomitees noch die Gegenargumente, die so schön sind und ich Ihnen wirklich nicht vorenthalten möchte: «Der Mann muss im Sinne der göttlichen Schöpfungsordnung Halt der Familie bleiben. Er übt eine Schutzfunktion aus und die Frau hat als biblisch verstandene Gehilfin des Mannes die Möglichkeit, ihre weiblichen Gaben zu entfalten. Partnerschaft ist eine verfehlte Gesellschaftsordnung. Das neue Recht bringt die Frau auf einen Konfrontationskurs.» Dies durfte man 1984 in einem Abstimmungsbüchlein noch schreiben. Aber auch der Bundesrat nahm dies danach auch auf und betonte, dass man religiös neutral ist und dies nun wirklich nicht als Argument gelten kann. Und ehrlich gesagt würde ich auf solche Argumente auch nicht eingehen und sie auch nicht wirklich ernst nehmen.

Nun, vielleicht lassen sich ja auch Kompromisse schliessen, wenn gute Argumente von anderen eingebracht werden, damit alle allgemein und grundsätzlich zufrieden sind und nur ein bisschen unzufrieden. Und was wünsche ich mir nun für den Stadtrat 2022 und später? Ich wünsche mir eine Diskussionskultur und es ist klar, dass wir uns keine Wattebäuschchen zuwerfen müssen, aber wir können hart diskutieren und miteinander streiten, um dann aber mit Argumenten zu punkten. Und letztendlich möchte ich eben gerne, dass wir unveröhnliche Fronten verhindern können und wir keine «verbrannte Erde» produzieren, weil dies zu keinen Lösungen führt und schon gar nicht zu guten Lösungen. Und gerade dies ist ja unsere Aufgabe, dass wir gute Lösungen bestimmen sollen. Wenn wir so vorgehen, ist es mir aber auch ein Anliegen, dass Sie immer kritisch bleiben, auch und gerade gegenüber dem Gemeinderat. Ich will dies nun aber nicht als Misstrauensvotum verstanden wissen, aber wir sind keine Schäfchen, sondern Mitglieder eines Parlaments und wir sind die Delegiertenversammlung von Langenthal und von der Bevölkerung von Langenthal. Im Gemeinderat haben sie eventuell mehr Zeit und Know-How, aber sie denken dabei ja vielleicht auch nicht immer an alles und hegen dabei in einem bestimmten Bereich auch nicht immer genau dieselben Interessen wie der Stadtrat. Da dürfen wir uns dann als Stadtrat sehr wohl anders positionieren.

Ich denke, dass ein guter Massstab Folgendes ist: Nicht alles ganz «bierernst» nehmen und dabei immer bereit sein, mit jedem Einzelnen nach der Sitzung noch ein Bier trinken zu gehen. Ich überlegte mir eigentlich für heute ein Langenthaler 49er-Bier auf das Pult zu stellen, doch Simone Burkhard Schneider meinte, dass Alkohol eben vielleicht nicht eine so tolle Idee ist. Deshalb entschied ich mich danach für ein gelbes Smiley um



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

meinem Vorschlag gerecht zu werden, nicht alles so «bierernst» zu nehmen, sondern vielmehr mit einem Lächeln auf den Stockzähnen. Und das mit dem Bierchen und dem Apero machen wir ja so oder so etwas später, irgendwann einmal im Sommer. Wir organisierten jetzt gar nichts dergleichen, weil wir alle ja noch bis vor kurzem von der Pandemie bestimmt waren. Und dies ist nun das einzige Mal, dass ich diese erwähne und danach mache ich das nicht mehr. Was mir auch wichtig ist, ist die Tatsache, dass Ressourcen nicht beliebig vermehrbar und verwendbar sind, müssen sie doch mit Bedacht eingesetzt werden. Und wir können sicherlich nicht überall den Rotstift ansetzen, aber vielleicht den Blaustift. Auch diesen gibt es ja in verschiedenen Schattierungen. Bei allen liegt ein solcher Stift auf dem Pult, sei er hellblau, türkisblau oder wolkenblau. Ich liess mich dahingehend informieren, dass Sie nun eine Auswahl genau dieser Farben auf Ihren Pulten vorfinden.

Als Fazit komme ich zum Schluss: Seien Sie und bleiben Sie politisiert, seien Sie kritisch und hinterfragen Sie die Dinge, aber immer mit einem Lächeln. Gelb und blau ergibt Langenthal. Legen wir also los. Ich danke Ihnen allen im Stadtrat, im Gemeinderat, in der Verwaltung, in den Medien für Ihr Engagement und für Ihren Einsatz für die gute Sache. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Applaus)

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und das Zuhören. Nun übergebe ich das Wort gerne an Caspar Probst, dem stellvertretenden Stadtratssekretär, der nun den Appell vornimmt. Merci vielmals, Caspar.

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.¹
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ganz herzlichen Dank, Caspar Probst. Das heisst nun, dass wir zuhänden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats feststellen. Die Traktandenliste wurde ordnungsgemäss versandt und die Aktenauflage erfolgte ebenso vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die versandten Akten sind auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Gut, es gibt keine, sodass wir mit Traktandum Nr. 2 fortfahren.

¹Ab 19.20 Uhr sind 39 Stadratsmitglieder anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

2. Protokoll der Stadtratssitzung vom 20. Dezember 2021: Kenntnisnahme

Stadratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Hier geht es um die Kenntnisnahme des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. Dezember 2021. Dannzumal sass noch Renate Niklaus-Lanz hier oben auf dem Podium. Das Protokoll vom 20. Dezember 2021 liegt vor und ist auf der Webseite der Stadt ebenfalls verfügbar. Herzlichen Dank an Thomas Thurnherr und die weiteren Mitwirkenden für die Verfassung. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll? Ansonsten nehmen wir dies so zur Kenntnis und somit ist dies so erledigt. Herzlichen Dank.



3. **Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil: Austritt per 31. Dezember 2022: Zustimmung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 15. Mai 2022**

I **Eintreten:**

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 3: Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil in Sachen Austritt per 31. Dezember 2022, Zustimmung und Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 15. Mai 2022. Wird das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Nein, somit ist es stillschweigend genehmigt.

II **Beratung:**

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt nun die Beratung. Der Ablauf sieht nun so aus, wie Sie es bereits kennen. Wir beraten erstens die Vorlage als solches, fassen den Beschluss über die Haltung des Stadtrates und anschliessend folgt zweitens die Beratung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft. Die Berichterstattung durch den Gemeinderat übernimmt Gemeinderätin Martina Moser, Ressortvorsteherin Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit. Bitte sehr, Martina.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ich kann es mir als Einstieg echt nicht verkneifen, noch etwas aus Deiner Rede aufzugreifen. Und zwar stand im Zivilgesetzbuch des Kantons Zürich aus dem 19. Jahrhundert sogar, dass der Mann das Vermögen seiner Frau verwalten darf und auch das Recht hat, «das Vermögen seiner Frau zu gebrauchen und zu geniessen». Wortwörtlich steht dies so im Gesetzestext. Als eine 1984 geborene Frau danke ich Dir, aber auch allen anderen Frauen, herzlich für Euren Einsatz, dass dies heute definitiv nicht mehr so ist.

Mit der Fusion der Stadt Langenthal mit der Gemeinde Obersteckholz wurden wir Mitglied des Verbands Alterszentrum Lotzwil und traten im Umfang der bisherigen Rechte und Pflichten die Rechtsnachfolge der Einwohnergemeinde Obersteckholz an. Mit dieser Mitgliedschaft entstand für die Stadt ein neues, nicht aktiv gesuchtes Engagement im Altersbereich. Würde die Stadt Langenthal an dieser Mitgliedschaft festhalten, so würde sich der Charakter des Gemeindeverbandes stark verändern. Gemessen an der Zahl der Einwohnenden ist Langenthal nämlich nahezu doppelt so stark wie die anderen Verbandsgemeinden zusammen. Daher begrüsst der Gemeindeverband die Haltung des Gemeinderates.

Ich möchte Ihnen nun nachfolgend kurz darlegen, weshalb der Gemeinderat zum Schluss kam, dem Stadtrat den Austritt aus dem Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil zuhanden der Volksabstimmung zu empfehlen. Die Stadt Langenthal kann etwa ab Mai 2023, sobald der Neubau des Alterszentrums Haslibrunnen fertiggestellt und betriebsbereit ist, 231 Pflegeplätze und 147 Alterswohnungen vorweisen. Somit wird zukünftig im Angebotsbereich des Alterszentrums Lotzwil in Langenthal selber ausreichend Plätze für Langenthalerinnen und Langenthaler und auch für die Bevölkerung des Ortsteils Obersteckholz zur Verfügung stehen. Es besteht deshalb aus dieser Optik zurzeit kein Bedarf, um sich im Betrieb eines weiteren Alterszentrums zu engagieren, bei dem ausserdem die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten ohnehin nur sehr gering ausfallen. Hingegen fallen mit einem Austritt die finanziellen Risiken weg. Zudem liegt der Bedeutungsschwerpunkt des Alterszentrums Lotzwil ausserhalb der Region Oberaargau-Ost, zu der ja auch Langenthal dazu gehört.

Diesen regionalpolitischen Überlegungen steht das Thema der integrierten Versorgung gegenüber. Der Gemeinderat erachtet den Anspruch der integrierten Versorgung als richtig und wichtig und begrüsst das dahingehende Engagement, das von den Institutionen lokal und regional ausgeht. Er ist aber der Meinung, dass der Stadt in der Gestaltung einer integrierten Versorgung keine aktive Rolle obliegt, da die Gemeinden seit dem 1. Januar 2021 hinsichtlich der Planung und Steuerung von Angeboten zur Pflege und Betreuung von alten Menschen keine Funktion und keine Kompetenzen mehr innehaben. Ausserdem würde der Ver-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

bleib im Gemeindeverband der Strategie der Stadt widersprechen, da nämlich kommunale Strukturen hinsichtlich der Entwicklung eines Alterszentrums nicht geeignet sind. Deshalb wurde ja in der Vergangenheit auch das Alterszentrum ausgelagert und verselbständigt. In diesem Entscheidungsfindungsprozess ging die emotionale Verbundenheit zum Alterszentrum, vor allem der älteren Bevölkerung vom Ortsteil Obersteckholz, die sich vielleicht bereits seit längerem gedanklich darauf vorbereitet, ihren Lebensabend einmal in Lotzwil zu verbringen, nicht vergessen. Darum vereinbarte der Gemeinderat in den vorgängigen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeindeverbands, und dies auch unter Einbezug der ehemaligen Steckholzer Vertretung der Heimkommission und der Delegierten, dass der Bevölkerung des Ortsteils Obersteckholz auch bei einem Austritt der Stadt Langenthal aus dem Verband während den nächsten zehn Jahren ein gleichwertiger Zugang zu den Angeboten des Alterszentrums Lotzwil ermöglicht wird. Im Namen des Gemeinderates danke ich Ihnen, dass Sie aus den genannten Gründen dem Antrag folgen und dem Austritt aus dem Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil per 31. Dezember 2022 zustimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals, Gemeinderätin Martina Moser. Nun kommen wir zur Berichterstattung und Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission. Dies übernimmt Diego Clavadetscher.

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Es freut mich, dass dieses Geschäft auch ausserhalb der Stadt auf Interesse stösst, da heute Abend auch Simon Jost, Präsident der Heimkommission, anwesend ist und damit auch seine Verbundenheit mit den Gemeinden dokumentiert, zumal es in diesem Geschäft ja genau darum geht und eben auch um sinnvolle Abgrenzungen zwischen den Gemeinden. Die GPK liess sich an ihrer Sitzung durch die Gemeinderätin Martina Moser darüber informieren. Die dabei erhaltenen Informationen und auch die Beantwortung der Fragen in materieller Hinsicht sind weitgehend deckungsgleich mit dem, was Gemeinderätin Moser heute Abend hier ausführte. Deshalb braucht es an dieser Stelle keine weitere Wiederholung.

In Bezug auf die materielle und formelle Richtigkeit stellten wir fest, dass der uns vorgelegte Beschlussesentwurf inhaltlich nicht korrekt ist und dementsprechend die formelle Richtigkeit grundsätzlich in Frage gestellt werden könnte. Wir gehen aber davon aus, dass es sich dabei um redaktionelle Versehen handelt, die heute durch den Stadtrat geändert werden können. Unter der Voraussetzung, dass der Stadtrat die entsprechenden Anpassungen vornimmt, werden wir an der formellen Richtigkeit dieses Geschäfts allerdings keinen Zweifel erheben. Dabei geht es um nachfolgende Punkte. Wenn Sie den Beschlussesentwurf vor sich haben, so steht dort unter Ziff. 1, dass der Beschluss auf Basis des gemeinderätlichen Berichts vom 12. Februar 2022 erfolgte. Unser Gemeinderat arbeitet zwar schnell, aber dabei wäre er der Zeit voraus gewesen. Dementsprechend wäre dies auf den 12. Januar 2022 zu korrigieren. Und unter Ziff. 3 ist zu lesen, «dass der Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird». Wir gehen aber davon aus, dass eigentlich das Büro des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen ist. Das sind diese beiden Änderungen, die wir beantragen. Ich gehe aber davon aus, dass dies bereits angepasst ist oder uns in der Version für die Schlussabstimmung entsprechend korrigiert vorgelegt wird. Zusammengefasst bestätigt die GPK unter Annahme dieser beiden Änderungen, dass dieses Geschäft formell korrekt ist und der weitere Prozess im Stadtrat fortgesetzt werden kann. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke herzlich, Diego Clavadetscher. Ich bin nicht ganz sicher, ob es sich hier nun um einen Antrag der GPK handelte?

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Dann fiel dies allenfalls zwischen Stuhl und Bank. Ich ging davon aus, dass dies die Sekretärin der GPK, die ja auch gleichzeitig die Sekretärin des Stadtrates ist, so bereits in den Folien einplante. Wenn dies nicht der Fall ist, so werde ich dann als Sprecher der GPK bei der Schlussabstimmung diese beiden Anträge einbringen.



Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Wir wissen von dem eben nichts, ging es doch möglicherweise deshalb vergessen, weil die Sekretärin der GPK und des Stadtrates nun eben in den Ferien weilt und sicherlich nicht alle Mails las. Aber dabei handelt es sich in dem Sinn ja nicht um eine politische Differenz, sondern es geht um eine Korrektur. Von dem her glaube ich, dass wir dies so übernehmen können. So kommen wir zu den Fraktionsvoten. Wer äussert sich als erstes für die Fraktionen?

SP/GL-Fraktion, Cornelia Gerber-Schärer (SP): Die Fraktion stimmt der Verabschiedung geschlossen zu, denn die Begründung ist nachvollziehbar. Grundsätzlich finde ich aber, dass das Alter in unserer Stadt dennoch zu wenig abgebildet wird. Das finde ich bedenklich und wird in einem anderen Kontext noch einmal aufgenommen. Danke vielmals.

FDP/jll-Fraktion, Stefanie Barben-Kohler (FDP): Seit ich politisch tätig bin, kam es noch nicht oft vor, dass die Stadt Aufgaben einfach so loswerden wollte. Dass dies nun in diesem Geschäft zum Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil so zielstrebig vollzogen werden soll, freut unsere Fraktion FDP/jll sehr und so unterstützen wir diesen vorgeschlagenen Beschlussesentwurf, wenn er dann korrigiert wurde, wie auch die Abstimmungsbotschaft. Dass den pflegebedürftigen Menschen aus Obersteckholz für die nächsten zehn Jahre weiterhin der Zugang zum Alterszentrum Lotzwil gewährt wird, finden wir ebenfalls eine gute und pragmatische Lösung. Dafür verdienen die Verantwortlichen unsere Anerkennung. In diesem Bericht wird aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Alterung der Bevölkerung grosse Herausforderungen mit sich bringt. Es ist also auch wichtig, dass die bestehenden Institutionen wie bis anhin und auch in Zukunft gut zusammenarbeiten; sprich, dass die Alterszentren und die Pflegedienste zusammen neue Kooperationsformen und -strukturen suchen und entwickeln, sodass diese Herausforderungen auch gemeistert werden können. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (glp): Auch unsere Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen, wenn dann eben diese Änderungen vorgenommen wurden. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Für uns ist es eigentlich klar, dass wir als solch grossen Player nicht so gut zu diesen kleinen Gemeinden passen und deshalb bei diesen auch eine gewisse Angst aufkommt. Wir begrüssen es natürlich auch, dass Gespräche mit Obersteckholz stattfanden und die Bewohner dabei nun keine Angst haben müssen, irgendwo zu landen, sondern dass sie wirklich noch das Recht haben, im Altersheim Lotzwil einen Platz zu finden. Wie es Cornelia Gerber bereits erwähnte, finden wir es schon auch bedenklich, dass diese Steuerung seit dem 1. Januar 2021 via GSI¹ läuft und wir als Gemeinde gar nicht mehr so gross Einfluss auf diese Altersplanung nehmen können. Ich arbeite selber in einem Beruf, in dem ich viel mit alten Leuten zu tun habe. Dabei merke ich einfach, dass das Alter irgendwo auf der Strecke bleibt und keine Lobby hat. Ich denke deshalb, dass ich im Verlaufe dieses Jahres nochmals darauf zurückkomme. Merci vielmals.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Auch die SVP-Fraktion befürwortet diese Vorlage. Insbesondere möchten wir unsere Zustimmung aber nicht als Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeindeverband verstanden wissen. Wir sind auch davon überzeugt, dass wir hier, wenn dies ein originär von den Gemeinden gewünschtes Engagement wäre, eine andere Position vertreten würden. Aber ich glaube, dass man die Haltung der Stadt Langenthal gerade auch etwas im zeitlichen Kontext verstehen muss. Dabei handelt es sich doch um ein Engagement, das der Stadt Langenthal quasi fusionsbedingt zufiel und man es also nicht offensiv suchte. Aber durch den Umstand, dass man mit Obersteckholz fusionierte, wurde man automatisch auch Teil dieses Gemeindeverbandes, obwohl man eigentlich selber über bestehende Kapazitäten im Bereich der Altersversorgung verfügt. Es spricht aber auch für den Gemeinderat, dass man hier eine gute Übergangsfrist finden konnte, gerade auch für Leute aus dem Ortsteil Obersteckholz. Wir sind überzeugt, dass nun die Zustimmung zum Austritt auch vom Gemeindeverband, namentlich von Simon Jost als bestehenden Vertreter nicht irgendwie als Misstrauenskundgebung verstanden wird. Im Gegenteil sind wir doch davon überzeugt, dass dieser Gemeindeverband seine absolute Berechtigung hat und dass das dortige Altersheim

¹ GSI = Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

eine wichtige Institution ist und die Leute gute Arbeit leisten. Aber es wäre letztendlich aufgrund der besonderen Geschichte dieser Mitgliedschaft der Stadt Langenthal, auch mit Blick auf die bereits bestehenden Kapazitäten, nicht gerechtfertigt, wenn man hier noch weiter dabeibleiben würde. Ich deponiere hier bereits auch schon, dass wir zur Botschaft keine Bemerkungen haben werden und man diese so verabschieden kann. Nun bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank auch dafür. So äusserten sich bereits alle Fraktionen und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Wer möchte sich hier zu Wort melden? Offenbar niemand. So erkläre ich die Beratung für geschlossen. Ich frage nochmals die zuständige Gemeinderätin an, ob sie sich nochmals zu Wort melden möchte, aber sich gerade noch in der Abklärung bezüglich dieses Beschlussesentwurfs befindet? So warten wir noch kurz einen Moment. Du möchtest Dich nicht äussern, somit ist das gut. So frage ich noch kurz den stellvertretenden Stadtratssekretär an, wie dies nun nach seinem Dafürhalten bezüglich dieser Korrekturen im Beschluss wegen dem Datum und der beauftragten Instanz im Anschluss dieses Beschlusses aussieht?

Stv. Stadtratssekretär, Caspar Probst: Beim Datum handelt es sich um einen Druckfehler, den wir auf den 12. Januar 2022 ändern werden. Ziff. 3 des Beschlusses basiert offenbar auf einem Missverständnis und belassen wir so, wie es in den Unterlagen steht. Das bedeutet, dass der Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke herzlich, Caspar Probst. Über die Korrektur des Datums stimmen wir jetzt allerdings nicht ab und zu etwas, das nicht zu ändern ist, wird ebenso wenig abgestimmt. So stimmen wir über diesen Beschlussentwurf ab. Wer gemäss Antrag des Gemeinderates unter Ziff. 1 die Einwohnergemeinde Langenthal damit beauftragen möchte, aus dem Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil auszutreten, zeigt dies nun mit der Karte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Wir gehen weiter und kommen zur Abstimmungsbotschaft. Ich schlage Ihnen vor, dass wir diese Abstimmungsbotschaft seitenweise beraten und Sie melden sich, wenn Sie eine Bemerkung oder einen Antrag vorbringen möchten.

Seite 1 bis 8

Ohne Wortmeldung

Seite 9

Ja bitte, Stadtrat Diego Clavadetscher. Sagst Du noch kurz, in welcher Eigenschaft Du Dich zu Wort meldest?

Diego Clavadetscher (FDP): Ja, in meiner Eigenschaft als gleichberechtigtes männliches Mitglied dieses Stadtrates.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Dies ist schön zu hören.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe nur eine Frage: Auf Seite 9 im drittletzten Abschnitt steht, dass «gegenwärtig Herr Hansruedi Gyax, Obersteckholz, die Aufgabe in der Exekutive wahrnimmt». Ist dies weiterhin richtig? Stimmt das immer noch, dass er Mitglied der Heimkommission ist? Gut, danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Somit ist diese Frage in dem Fall bereits beantwortet, danke.

Seite 10 bis 14

Ohne Wortmeldung

Gibt es keine Wortmeldungen mehr zu dieser Botschaft? Wünscht Gemeinderätin Martin Moser noch ein Schlusswort? Nein, so schreiten wir nun zur Abstimmung über die Botschaft. Wer der Botschaft, so wie sie nun vorliegt, zustimmen kann, soll bitte seine Hand erheben. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

1. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 12. Februar 2022, beantragt der Einwohnergemeinde Langenthal Zustimmung zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 36 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 21. Februar 2022,

beschliesst:

1. Die Stadt Langenthal tritt per 31. Dezember 2022 aus dem Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil aus.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (einstimmig):

2. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 12. Januar 2022 "Austritt der Stadt Langenthal aus dem Gemeindeverband Alterszentrum Lotzwil per 31. Dezember 2022" für die Gemeindeabstimmung vom 15. Mai 2022 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Redimensionierung Amtsarchive und Nachführung Stadtarchiv: Genehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir gehen vorwärts und kommen zu Traktandum Nr. 4. Hier geht es um die Genehmigung und Kreditbewilligung der Redimensionierung der Amtsarchive und der Nachführung des Stadtarchivs. Wird zu dieser Vorlage das Eintreten bestritten?

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Nein, so steigen wir in die Beratung ein. Die Berichterstattung durch den Gemeinderat übernimmt Stadtpräsident Reto Müller als Ressortvorsteher Präsidiales.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Seit August 2020 befindet sich das städtische Archiv an der Bahnhofstrasse 16. Nebst den Unterlagen der Einwohnergemeinde Langenthal bis zum Jahr 1987 und auch den ehemaligen Akten der Einwohnergemeinde Obersteckholz wie auch dem Zeitungsarchiv der Merkur Druck AG, das alle örtlichen Zeitungsausgaben seit 1850 umfasst, kamen diese Dokumente so an ihrem neuen Platz an. In einem weiteren Schritt sollen nun diejenigen Akten, die sich noch im Verwaltungszentrum in Zwischen- oder Rollarchiven befinden, in Bezug auf ihre Archivwürdigkeit geprüft und eine mögliche Überführung in das Stadtarchiv oder eine Vernichtung dieser Akten ins Auge gefasst werden. Es geht dabei also um Akten ab dem Jahr 1988 bis heute.

Aktuell befinden sich in diesem Amtsarchiv auf der Stadtverwaltung 1'460 Laufmeter Akten. Ich fragte heute nochmals nach, ob diese Zahl stimmt und es wirklich zutreffend ist, dass es um 1,46 Kilometer Akten geht, die geprüft und bewertet werden müssen, und ob diese Unterlagen archivwürdig sind und dann nachher eben entweder archiviert oder vernichtet werden sollen. Es ist das Ziel, dass die gelagerten Unterlagen reduziert und nach ihrer Aufbewahrungsfrist kategorisiert werden können und danach eine Nachführung des Stadtarchivs erfolgen kann. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass in einem späteren und weiteren Schritt die Digitalisierung und die Archivierung der Verwaltung vorbereitet und auch umgesetzt werden kann. Und es ist auch so, dass wir die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben mit diesem Vorgehen sicherstellen können. Das Projekt löst Kosten in der Höhe von maximal Fr. 250'000.00 aus. Der Gemeinderat trat dabei auf einen Antrag der Finanzkommission ein und setzte dort das Wort «maximal» anstatt «zirka» ein. Wir möchten dies über das Budget 2022 als Nachkredit und im Budget 2023 als ordentlicher Aufwand aufnehmen. Der Gemeinderat bittet den Stadtrat um Genehmigung des Projekts und um Bewilligung der entsprechenden finanziellen Mittel. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke herzlich, Herr Stadtpräsident Müller. Seitens der Geschäftsprüfungskommission gibt es keine Berichterstattung und so kommen wir direkt zu den Fraktionen. Wer möchte sich für eine der Fraktionen äussern?

FDP/jll-Fraktion, Jana Fehrensén (FDP): Dieses Projekt ist eigentlich eine logische und konsequente Fortsetzung des Projekts «Stadtarchiv» und es entlastet nicht nur das Amtsarchiv, sondern stellt damit auch sicher, dass die Vorgaben des Kantons zur Archivierung von Unterlagen eingehalten werden können. Grundsätzlich hat dieses Projekt nichts mit Digitalisierung zu tun, sodass es eigentlich keine Eingliederung in das Projekt der Digitalisierung erfordert. Die Berechnungsgrundlagen für den Verpflichtungskredit von maximal Fr. 250'000.00 sind nachvollziehbar. Ja, es ist relativ viel, aber so viel kostet die Nachführung der Archive und deshalb ist es auch ganz gut, dass die Finanzkommission ein waches Auge darauf hat. Die Tatsache, dass sich die Höhe des Kredites für den Schritt 3 nach Abschluss der zwei vorangegangenen Schritte genau berechnen lässt, ist ebenso nachvollziehbar und in der Museum- und Archivpraxis auch üblich. Deshalb wird im Antrag für diesen Schritt auch nur eine Obergrenze von Fr. 200'000.00 angegeben. Es wird begrüsst, dass man sich trotzdem bemühte, eine Kostenklarheit zu schaffen und die Gesamtkosten des Projektes dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Unsere Fraktion wird einstimmig den Anträgen des Gemeinderates in allen Punkten folgen. Vielen Dank.

glp/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (glp): Unsere Fraktion begrüsst grundsätzlich das vorliegende Projekt. Es ist wie gesagt wichtig, dass die Stadt über ein umfassendes und gutes Archiv verfügt. Auch ist es richtig und



wichtig, dass die grosse Menge an unterschiedlichen Materialien von Fachpersonen geprüft und anschliessend in die neuen Räumlichkeiten überführt werden kann. Nicht zuletzt ist dies, wie wir der Berichterstattung entnehmen konnten, ein wichtiger Schritt, um in einem nächsten, darauffolgenden Schritt die Digitalisierung vornehmen zu können. Uns wurden ja auch die finanziellen Auswirkungen für Phase 1 und 2 im Bericht dargelegt und diese sind für uns entsprechend verständlich und nachvollziehbar.

Phase 3 warf in unserer Fraktion noch einige Fragen auf; etwa weshalb dieser Aufwand beispielsweise nicht genau beziffert werden kann? Wir verstanden, dass die Kosten für Phase 3 vom Umfang und von der Art der archivwürdigen Unterlagen abhängen und erst nach Abschluss von Phase 1 und 2 bekannt werden. Weiter heisst es ja auch im Bericht, dass eine erste Schätzung vorgenommen werden konnte, woraus hervorgeht, dass sich die Kosten auf maximal Fr. 200'000.00 belaufen sollen. Uns ist allerdings nicht ganz klar, wie diese Schätzung weiter differenziert werden kann. Dies fragt sich insbesondere zum Zeitpunkt, wenn dann die Kosten für die Vernichtung beziffert werden können. Hier würden wir gerne den zuständigen Ressortvorsteher Reto Müller anfragen, ob sich diese Schätzung noch weiter differenzieren oder noch genauer beschreiben lässt, als dies bereits in der Fussnote der zur Verfügung gestellten Akten gemacht wurde.

Zum Schluss erlaube ich mir noch eine kleine persönliche Bemerkung. Dies erfolgt allerdings im Unwissen, ob der Gemeinderat diesbezüglich bereits handelte oder ob dies schon angedacht ist: Beim Studium der Unterlagen sah ich auf dem Archivplan, dass die Einwohnergemeinde Langenthal auch Archivierungsmöglichkeiten für Vereine, Parteien und Firmen als Dienstleistung anbietet. Aus meiner Sicht ist es wünschenswert, dass der Gemeinderat frühzeitig die Konditionen für solche Archivierungsdienstleistungen festlegt und allgemein bekannt gibt, sodass diese dabei gültigen Konditionen später auch für diejenigen privatrechtlichen Institutionen, die diese Dienstleistung bereits in Anspruch nehmen, gelten sollten. Merci vielmals.

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Die SP/GL-Fraktion unterstützt das Projekt zur Archivierung. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass das Projekt der Archivierung getrennt vom Gesamtprojekt zur Digitalisierung ILMA¹ behandelt werden sollte. Zum zweiten Antrag der Finanzkommission liessen wir uns vom Stadtpräsidenten die verschiedenen Möglichkeiten zur Finanzierung vorstellen. Der Gemeinderatsentscheid, den Gesamtkredit auf einmal bewilligen zu lassen, ist für uns nachvollziehbar. Wichtig erscheint aber auch uns, dass die Durchführung durch Fachleute sorgfältig erfolgt und die richtigen Daten archiviert werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Gibt es noch eine weitere Fraktion, die sich verlauten lassen möchte? Ansonsten kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Gibt es jemanden, der sich so zu dieser Vorlage äussern möchte? Ich sehe niemanden. Gibt es ansonsten weitere Wortmeldungen? Nein. So erkläre ich die Beratung für geschlossen. Möchte der Gemeinderat noch ein Schlusswort halten? Dem ist so.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich möchte nur kurz die Frage der glp/EVP-Fraktion nicht beantworten, weil ich sie effektiv nicht beantworten kann. Die Frage war, ob man diese Schätzung differenzieren kann. Nein, das ist nicht möglich, ansonsten wir es gemacht hätten und dies im Bericht & Antrag selbstverständlich ausgeführt worden wäre. Es braucht zwingend diese Phasen 1 und 2, um den notwendigen Umfang danach abschätzen zu können, um die Unterlagen anschliessend vom Amtsarchiv in die Systematik dieses Stadtarchivs zu überführen. Von dem her benötigen wir dazu diesen Aufwand. Wir beauftragen für die Vernichtung auf der Stadtverwaltung stets die Firma Datarec und wahrscheinlich nahm man auch dort eine Schätzung vor, wie viel das in etwa kostet, wenn man nach Abschluss der Phase 2 die nicht archivwürdigen Akten vernichten lässt. Ich weiss jetzt nicht genau, ob sich mit Fr. 5'000.00 der gesamte Bestand des übriggebliebenen Archivmaterials in der Grösse dieser 1'460 Laufmeter vernichten lässt, was ich hier nun spontan leider auch nicht beantworten kann. Aber ich gehe einmal davon aus, dass das Vernichten von solchen Akten nicht so teuer zu stehen kommt wie eben danach die Archivierung. Von dem her wünsche ich allen Beteiligten eine gute Hand beim Selektionieren. Merci vielmals.

¹ ILMA = Projekt Information Lifecycle Management und Archivlösung.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

Stadratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke bestens. So kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. 1 bis Ziff. 3 folgen und das Projekt genehmigen und dabei auch die Finanzierung bewilligen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies bitte nun mit der Stimmkarte anzeigen. Wer spricht sich dagegen aus? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (einstimmig):**

1. Das Projekt "Redimensionierung Amtsarchive und Nachführung Stadtarchiv" gemäss den Ausführungen des Berichts und Antrags im der Stadtkanzlei vom 18. November 2021 wird genehmigt.
2. Zur Finanzierung des Projekts "Redimensionierung Amtsarchive und Nachführung Stadtarchiv" wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 250'000.00 wie folgt bewilligt:
 - a. Zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022, Konto Nr. 0300.3123.55 "Honorare, Arbeitsleistungen Dritter" wird ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 45'000.00 bewilligt.
 - b. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Budget der Erfolgsrechnung 2023 einen Betrag in der Höhe von maximal Fr. 200'000.00 zu Lasten des Kontos Nr. 0300.3123.55 "Honorare, Arbeitsleistungen Dritter" sowie einen Betrag in der Höhe von Fr. 5'000.00 zu Lasten des Kontos Nr. 0400.3130.50 "Dienstleistungen Dritter" einzustellen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2019: Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 5 und dem Postulat der SVP-Fraktion in Sachen Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine und dazu die Berichterstattung und den Antrag auf Abschreibung. Das Eintreten ist zwingend und es folgt direkt die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da die Stellungnahme schriftlich vorliegt. Auch von der Geschäftsprüfungskommission liegt kein Bericht dazu vor. Deshalb kommt bereits die Sprecherin oder der Sprecher des Postulats aus der SVP-Fraktion zum Zug. Wem darf ich das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Wir nahmen diesen Prüfbericht wohlwollend zur Kenntnis. Wir erwarteten ehrlich gesagt auch nicht gross etwas Anderes. Aufgrund der Abstimmung betreffend die Fördergelder für die SCL-Jugend ist es eigentlich naheliegend, dass dieses Geschäft in dieser Form zu uns zurückkommt. Wir sind bestrebt und wünschen es uns auch, dass für die Jugendlichen die Ellen überall gleich lang sind und dass alle eine gute Grundlage erhalten und dies auch entsprechend ermöglicht und genutzt wird. Aber aufgrund der aktuellen Gegebenheiten bezüglich Sportförderung sehen wir auch keinen Grund, andere zu begünstigen und können dies so zur Kenntnis nehmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So kommen wir zu den Fraktionen. Wer möchte sich hier äussern?

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Auch wir bedanken uns für den Bericht, der doch sehr gut aufzeigt, wieviel eine solche Hallenmiete nun kostet und wie es zu dieser politischen Entscheidung überhaupt kam. Nichtsdestotrotz werden wir die Abschreibung ablehnen, weil wir nicht damit einverstanden sind, dass die Jugendlichen aus Langenthal denselben Preis zu zahlen haben wie auswärtige Vereine. Wir sind der Meinung, dass man hier sicherlich einen Teil dieser Fr. 35'000.00 mit Mietzahlungen von auswärtigen Vereinen hätte kompensieren können. Im Weiteren sind wir auch nicht mit dem Argument bezüglich des administrativen Aufwands einverstanden. Will man aktuell eine Halle mieten, so wird einem zuerst ein Worddokument mit 78 Kästchen entgegengeschossen, die es anzuklicken gilt, bevor überhaupt die Frage nach der Teilnehmerzahl und der Anzahl derjenigen im Alter unter 16 Jahren gestellt wird. In Klammern verweise ich darauf, dass man bei gelegentlicher Bearbeitung dieses Dokuments auch einmal an die Teilnehmerinnen denken könnte. Wir sind der Meinung, dass man dies online genau so gut machen kann und dass man bei Existenz eines solchen Online-Tools auch etwas prominenter auf der Homepage darauf hinweist. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass wir froh sind, dass man Hallen in Langenthal günstig mieten kann, aber wir sehen sicherlich an einen oder anderen Ort noch Optimierungspotential und werden von dem her die Abschreibung ablehnen. Merci.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Auch die SP/GL-Fraktion setzte sich mit diesem Postulat auseinander. Wir sind grundsätzlich zufrieden mit diesem Bericht, der uns der Gemeinderat vorlegte. Am Ende des Tages konnte man nicht viel anderes erwarten, da wir wissen, dass diese Hallenmieten für die Vereine effektiv bereits sehr billig sind. Entsprechend bringt es wohl nicht wahnsinnig viel, wenn man die Preise allenfalls noch tiefer ansetzt. Auch wir haben das Gefühl, dass bei Verzicht einer Miete vielleicht ein gewisser administrativer Aufwand wegfallen würde, was den Ausfall unter Umständen schon bald wieder kompensieren könnte. Wir werden der Abschreibung zustimmen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank auch für dieses Votum. Gibt es weitere Fraktionsäusserungen? Ich sehe keine mehr. So kommen wir zu den Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher. Wer möchte hier das Wort ergreifen?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich muss halt dennoch ganz kurz ein paar Worte verlieren, wenn wir nun dieses



Postulat abschreiben. Wie Sie wissen, war die Abstimmung vom 9. Februar 2020 über die Unterstützung des Nachwuchses des SCL der Auslöser dieses Postulats; eine Unterstützung, die an die KEB¹ bezahlt worden wäre. Seitens der Gegnerschaft der Vorlage wurde als Hauptargument ins Feld geführt, dass man sehr wohl Kinder und Jugendliche beim Sporttreiben unterstützen möchte, man dabei aber nicht einfach nur eine Sportart herauspicken kann, um dabei nur gerade das Eishockey damit zu unterstützen. Vielmehr sollte dies koordiniert auf Basis eines Konzepts erfolgen. Und dieses Sportkonzept, das dies ermöglichen soll, steht kurz vor der Vollendung und kommt bereits in Kürze auf den Behördenweg. Dies wurde im Vorfeld der Abstimmung vom 9. Februar 2020 so gesagt.

Nun befinden wir uns mittlerweile bereits fast am Ende des Februars 2022 und es sind mehr als zwei Jahre vergangen. Und von diesem Sportkonzept sah ich als Stadtrat weiterhin nichts. Gar nichts. Und es bewahrheitete sich, was ich damals schon sagte, dass dieses Sportkonzept so etwas ist wie das Ungeheuer von Loch Ness: Alle reden davon, aber niemand bekam es je zu Gesicht. Und ich finde dies schade und es zeigt einfach auch, dass die damals im Abstimmungskampf vorgebrachten Argumente eben falsch waren und man den Nachwuchssport in Langenthal weiterhin stiefmütterlich behandelt. Entsprechend möchte ich doch nochmals alle dazu aufrufen, dass man sich dafür engagiert dies zu ändern. Unsere Kinder und Jugendlichen in Langenthal verdienen es, dass sie Sport treiben können und zwar diejenige Sportart, die sie wollen. Die Konsequenz der Ablehnung der Abstimmung vom 9. Februar war übrigens, dass nun mehrere Nachwuchsmannschaften mit anderen Vereinen zusammengeführt wurden und sich die Trainingsorte dafür in Zuchwil und Olten befinden. Entsprechend hörten Buben und Mädchen auch damit auf Eishockey zu spielen. Das finde ich wirklich traurig. Also mache ich hier den Aufruf, dass nun endlich das Sportkonzept zu Ende gebracht wird, damit dies dann auch umgesetzt und in Langenthal der Nachwuchssport gebührend unterstützt werden kann. Danke.

Fabian Fankhauser (glp): Ich möchte noch eine persönliche Anmerkung machen, zumal ich bezüglich SCL ja nicht immer ganz gleicher Meinung bin mit allen Mitgliedern meiner Fraktion. Man sagte bei dieser damaligen Abstimmung immer wieder, dass alle unterstützt werden, was aber nie beziffert werden konnte. Nun kam es zu diesem Postulat und man schrieb im Bericht, dass diese Mieten nicht kostendeckend sind. Leider wird aber nirgendwo erwähnt, wie hoch denn kostendeckende Mieten sein sollten. Dies ist eigentlich schade und kommt einer verpassten Chance gleich, weil die Stadt damit auch ihren Support für die Sportvereine hätte aufzeigen können; ganz im Sinne von: «Tue Gutes und sprich darüber».

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es noch weitere Ratsmitglieder, die sich als Einzelsprechende äussern möchten? Nein, ich sehe niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen, allenfalls auch nochmals seitens des Gemeinderates?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich komme vielleicht direkt zu den Zahlen des Bundesamts für Sport, wonach bekannt ist, dass eine Halle für Betrieb, Unterhalt und Abschreibung im Jahr zwischen Fr. 500'000.00 und Fr. 600'000.00 kostet, sodass der Aufwand für eine Hallenstunde in etwa Fr. 120.00 beträgt. Die Stadt verlangt dafür Fr. 5.00 pro Stunde. Soviel dazu. Zu den Massnahmen bezüglich Bewegungs- und Sportförderung sage ich dann im Anschluss an die ordentlichen Traktanden noch etwas. Ich stelle dann dieses Konzept kurz vor.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Die Beratung ist somit geschlossen. Hat allenfalls die Sprecherin oder der Sprecher des Postulats noch etwas anzufügen? Nein, so folgt die Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. 1 zustimmen, das Postulat abschreiben und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, kann dies nun mit Handerheben bezeugen. Wer sich dagegen ausspricht, soll dies jetzt anzeigen. Gibt es Enthaltungen?

¹ KEB = Kunsteisbahn Langenthal AG.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:**

1. **Das Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2019:** Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Postulat (umgewandelte Motion) SVP Fraktion vom 16. September 2019: "Planungssicherheit für das Gebiet Alte Mühle": Berichterstattung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir bereits zu Traktandum Nr. 6 und der Berichterstattung zum Postulat als umgewandelte Motion der SVP-Fraktion zum Thema «Planungssicherheit für das Gebiet Alte Mühle». Sie sahen es vielleicht, dass es sich hier um ein Spezifikum handelt, dass der Rat vom Bericht nur Kenntnis nehmen soll. Aber ich gehe davon aus, dass dies der Gemeinderat noch kurz erläutern wird. Das Eintreten zu diesem Traktandum ist zwingend und so gehen wir direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es zwar keine, weil eine schriftliche Stellungnahme vorliegt und auch eine Berichterstattung durch die GPK liegt mir keine vor. So bitte ich gerne die Sprecherin oder den Sprecher des Postulats um eine Stellungnahme.

Sprecher des Postulats, Stefan Grossenbacher (SVP): Wir danken für den Bericht und die Erläuterungen, finden es aber auch schade, dass die Entwicklung des Areals nicht vorwärtsgeht. Denn darin liegt auf verschiedenen Gebieten ein grosses Potential; etwas, das die Stadt Langenthal in den nächsten Jahren vor allem finanziell sicherlich gebrauchen könnte. Ich bin allerdings überzeugt, dass das Potential in der nächsten Zeit eher grösser als kleiner wird, auch wenn die Entwicklung etwas verzögert wird. Ich hoffe aber dennoch, dass man dies nicht in die Schublade legt, sondern daran weiterarbeitet. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Kurz und knackig, besten Dank. So kommen wir bereits zu den Fraktionen. Möchte sich eine Fraktion dazu äussern? Ich sehe keine Wortmeldung. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich melden? Nein, auch hier sehe ich niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte der Gemeinderat doch noch etwas dazu sagen?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Frau Stadtratspräsidentin forderte ja quasi ein bisschen dazu auf, dass sich der Gemeinderat noch erklärt. Es ist in Sachen Vorgehen effektiv ein wenig speziell. Es gibt für den Prüfbericht eine Frist, die wir einhielten. Und der Gemeinderat entschied dabei aber, dass man in diesem Fall noch nicht die Abschreibung beantragt, weil zu diesem Thema eben auch noch andere Motionen hängig sind. Und ja, es ist wahr, dass die politischen Mühlen langsam mahlen und alte Mühlen mahlen, so glaube ich, noch langsamer. Wir sind mit der Arbeit unterwegs, aber ein Schnellschuss ist einerseits nicht das Richtige und andererseits auch nicht zu erwarten. Wenn wir in diesem Areal beispielsweise alleine das Wohnen integrieren wollen, müssen wir eine Änderung der ÜO¹ ins Auge fassen, was ein nicht geringfügiger Aufwand bedeutet und wir dadurch in einen gesamten ÜO-Prozess hineinsteuern würden. Das heisst nun, dass wir hier am Thema dran sind und Sie auch innerhalb der Frist zur Beantwortung der noch offenen Motionen eine Vorlage im Stadtrat erhalten werden, worüber Sie dann befinden können, wie es diesbezüglich auch wirklich im Grundsatz weitergehen soll. Von dem her möchten wir eben heute, dass Sie den Bericht vorab nur zur Kenntnis nehmen. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Damit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wenn auch der Sprecher des Postulats nichts mehr anzufügen hat, kommen wir nun zur Abstimmung. Wer dem Gemeinderat folgen will und von der Berichterstattung Kenntnis nehmen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun bitte bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

¹ ÜO = Überbauungsordnung.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (einstimmig¹):**

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (umgewandelte Motion) SVP Fraktion vom 16. September 2019: "Planungssicherheit für das Gebiet Alte Mühle" wird Kenntnis genommen.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Ein Stadtratsmitglied befand sich zur Zeit der Abstimmung nicht im Saal.



7. Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt nun unter Traktandum Nr. 7 die Motion Sägesser Saima und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021. Hier geht es um die Stellungnahme zur Forderung nach mehr Flächen für die Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und so fahren wir direkt weiter mit der Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung aus dem Gemeinderat gibt es hier auch keine, weil eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Aber es gibt eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission. Das Wort übergebe ich gerne Martin Lerch.

GPK-Sprecher, Martin Lerch (SVP): Ich melde mich nur ganz kurz. Wir thematisierten in der GPK die Kosten im Beisein des Stadtpräsidenten. Es ist ja ausgeführt, dass diese unter Fr. 150'000.00 liegen werden, was wir etwas konkreter wissen wollten. Dazu wurde uns gesagt, dass diese Kulturnägel, je nachdem ob man diese wiedereinführt, zu gewissen Unterhaltskosten führen. zwei oder drei sind da noch möglich, was auch in einem Vertrag mit der APG entsprechend vorgesehen ist. Möchte man da weitergehen, würden sich die Kosten doch in einem Bereich von mehreren 10'000 Franken bewegen können, aber damit doch deutlich unter Fr. 150'000.00. Von diesen Ausführungen des Stadtpräsidenten nahm die GPK Kenntnis und gibt dies hier kurz an Sie weiter. Im Übrigen fasste die GPK zwei Beschlüsse, wonach erstens die formelle Richtigkeit der Vorlage bestätigt und zweitens die Motion als Richtlinienmotion qualifiziert wurde. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch ich bedanke mich. Nun hat die Motionssprecherin gerne das Wort.

Sprecherin der Motion, Saima Sägesser (SP): Mit meiner Motion «Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung» möchte ich und die Mitunterzeichnenden den Kulturstandort Langenthal einen Schritt weiterbringen. Mir fiel auf, dass wir in Langenthal nur noch einen einzigen Kulturnagel stehen haben. Dieser befindet sich auf dem Dästerplatz an einem äusserst ungünstigen Ort, läuft man nämlich gar nicht richtig daran vorbei um diese Werbung, die dort hängen könnte, überhaupt zu sehen. Eine Verschiebung von diesem Kulturnagel wäre somit bereits ein guter nächster Schritt.

Weiter kann man beim Einwohnerschalter Plakate abgeben, die gestempelt und danach an den Bushaltestellen aufgehängt werden. Bis letztes Jahr wurde dies noch durch maxi.mumm ausgeführt, was nun in den Aufgabenbereich von Stadtangestellten gehört. Auf der Webseite findet man ein Merkblatt für das Plakatieren in der Stadt, das auf das Jahr 2015 zurückgeht und somit nicht mehr wirklich aktuell ist. Auch dies wäre allenfalls anzupassen. Die Stadt bietet somit für kleinere Plakate im Format von A4 bis A2 nur diese beiden offiziellen Möglichkeiten an, was somit auch nur einen Bruchteil der Interessierten erreicht. Zusätzlich dürfen Veranstaltende in gewissen Beizen und Geschäften Plakate platzieren. Es kann dabei aber nicht sein, dass allein Private hauptsächlich für eine Aufgabe aufkommen müssen, die eigentlich durch die Stadt erfüllt werden sollte. Dabei kommt noch dazu, dass sich die Innenräume der Beizen, in denen Plakate hängen können, eben nicht draussen im Aussenraum befinden und somit diese Werbung nicht für alle zugänglich ist. Diese Werbung kann erst dann gesehen werden, wenn man dort auch etwas konsumiert.

Einige fragen sich vielleicht, ob analoge Werbung in Form von Plakaten überhaupt noch zeitgemäss ist. Ja, das ist es. Plakate sind nicht einfach nur Informationsträger, sondern eine Gattung für sich. Dabei vermitteln sie in haptischer und gestalteter Form einen visuellen Eindruck der Veranstaltung, die sie bewerben. Konzerte, Fussballmatches, Theateraufführungen, Hochzeitsmessen oder Festivals haben alle eine eigene Cor-



porate Identity, die es zu vermitteln gilt. Visuelles und effektive Events gehören einfach zusammen. Plakatgestaltung ist eine Kunst für sich, zeitlos und gleichzeitig zeitgemäss. Ausserdem können durch Plakatgestaltung Berufe wie Grafikerin und Grafiker aufrechterhalten werden, womit wir gleichzeitig auch lokale Druckereien mit Aufträgen bedienen können. Haptische Plakate in den verschiedensten Farben bereichern zudem das Stadtbild. Die Vielfalt des Angebots in dieser Stadt wird sichtbar und prägt unsere Identität.

Den Grundlagenakten zu diesem Vorstoss konnten Sie entnehmen, dass die Stadt mit der APG zusammenarbeitet und eine entsprechende Vereinbarung traf, wie die Werbung in dieser Stadt anzugehen ist. Dabei realisierte man, dass zwei von drei Kulturnägeln fehlen, wovon einer früher einmal auf dem Wuhrlplatz und ein anderer auf dem Bahnhofplatz stand. Diese sind mittlerweile verschwunden und niemand fragte nach. Dies passiert nun allerdings im Rahmen der Bearbeitung dieser Motion. Man stellte mittlerweile zusammen mit der APG fest, dass diese zwei Kulturnägel eigentlich vorhanden sein sollten, sodass die APG diese der Stadt wieder unmittelbar zur Verfügung stellen kann, die Stadt aber für die Installation dieser beiden Säulen aufzukommen hat. So würde zumindest wieder ein bisschen mehr Fläche zur Verfügung stehen, wodurch auch eine kurzfristige Lösung für mehr Veranstaltungswerbung in der Stadt angeboten werden könnte.

Längerfristig müsste man so oder so im Rahmen eines Kommunikations- und Marketingkonzepts wie auch der neuen Kulturförderstrategie überlegen, wie man in Sachen Werbung vorgehen möchte. Mit der Erheblicherklärung meiner Motion wird ein Thema angegangen, das früher oder später so oder so anzugehen ist. Wie ansonsten will man in der Stadt Langenthal die Veranstaltungsbranche fördern und in der Bewerbung unterstützen? Welche Möglichkeiten stellen wir dabei zur Verfügung? Fakt ist, dass das Angebot wächst und sowohl im öffentlichen Raum, wie auch digital in den sozialen Medien Sichtbarkeit braucht. Und nun gilt dies umso mehr, als dass wir sicherlich bis zum Frühling einen Veranstaltungsboom erleben werden und Plakate als Orientierung dienen können, wo man in dieser Vielfalt hingehen möchte.

Ich möchte noch kurz eine Einschätzung zu den Finanzen vornehmen. Ja, die Installation von zwei fehlenden Kulturnägeln bringt gewisse Kosten mit sich, so wie es allerdings bei jeder städtischen Infrastruktur der Fall ist. Weiter kann man sich Gedanken machen, ob man den Aushang, der ja nun durch den Einwohnerschalter betreut wird, nicht doch wieder ausgliedern, oder ob man dies als städtische Aufgabe behalten möchte? Dabei könnte man sich aber auch aus Kostengründen überlegen, dass diese Flächen einfach so als offizielle Werbefläche zur Verfügung gestellt werden und den Umgang damit der Branche selber überlässt. Das könnte durchaus funktionieren und würde deutlich weniger Kosten generieren. Eine weitere Möglichkeit könnte natürlich auch sein, dass die Stadt zum Schluss kommt, dass man zukünftig voll auf digitale Werbemöglichkeiten und -flächen setzen möchte, was dann aber auch die Platzierung von Screens voraussetzt und dies kommt dann schlussendlich viel, viel teurer.

Etwas ketzerisch gedacht glaube ich, dass, falls diese Motion nicht für erheblich erklärt wird und die Stadt sich keine weiteren Gedanken dazu macht, dies so oder so zu Kosten führt, weil wir Veranstalterinnen und Veranstalter Werbefläche brauchen. Wenn dafür keine offiziellen Flächen angeboten werden, müssen wir eben wild plakatieren. Dies muss dann wieder jemand wegräumen, was Personalkosten verursacht.

Fakt ist, dass Plakate immer noch eine Hauptwerbemöglichkeit für Veranstaltende sind. Kultur und Plakat gehören einfach zusammen. Das Publikum schaut sie sich gerne an und es gibt sogar Sammlerinnen und Sammler. So hängt bei mir noch ein Wuhrlplatzfest-Plakat aus dem Jahr 2017, weil es einfach wirklich eine Kunst ist und nicht einfach nur auf einen Event hinweist. Es braucht also offizielle Möglichkeiten in Form von städtischer Infrastruktur, die es erlaubt, professionell auf Veranstaltungen hinzuweisen. Das bedeutet einen kleinen Aufwand für die Stadt, aber entspricht einer wichtigen Angelegenheit für die Veranstaltungsbranche. Langenthal soll eine Kultur- und Sportstadt sein und dies soll man im öffentlichen Raum auch in Form von kleineren Plakaten sehen können. Die SP/GL-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung einstimmig.



Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. Dann sehe ich es richtig so, dass dies auch so gleich dem Fraktionsvotum entsprach? Gut, danke vielmals. So sind wir nämlich bereits bei den Fraktionen. Gibt es andere Fraktionen, die sich zu diesem Vorstoss äussern möchten?

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Wie Sie alle im B&A lesen konnten, strichen wir anlässlich der letzten Budgetdebatte im Stadtrat den Unterhalt des bestehenden Kulturnagels auf dem Dästerplatz aus dem Budget. Dieser Nagel wird kaum mehr benutzt und sieht auch ziemlich verahrlost aus, weil niemand mehr dazu schaut. Wir von der FDP/jll-Fraktion finden es grossmehrheitlich doch sehr inkonsequent, wenn man jetzt noch zusätzliche Kulturnägel anschafft, die ja notabene auch unterhalten werden müssen. Deshalb werden wir grossmehrheitlich diese Motion, auch im Fall einer Wandelung in ein Postulat, als nicht erheblich erklären. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zu diesem Vorstoss äussern möchten? Nein. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Gibt es ansonsten weitere Wortmeldungen? Möchte der Gemeinderat noch etwas dazu sagen? Nein, so erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht die Sprecherin der Motion noch ein Schlusswort?

Sprecherin der Motion, Saima Sägesser (SP): Noch ganz kurz eine Bemerkung zu den Kulturnägeln. Da geht es allein um eine Möglichkeit Kulturnägel aufzustellen. Wenn nun aber in der Bearbeitung dieses Vorstosses der Gemeinderat und die Stadt zum Schluss kommen, dass diese Kulturnägel wie derjenige auf dem Dästerplatz eben nicht mehr funktionieren, dann muss es um andere Flächen gehen, was in meinem Motions-text auch so vorgeschlagen wird. Also bezieht es sich nicht auf die Kulturnägel als einzige Möglichkeit. Das mit der Finanzierung verstand ich so, dass die Plakatierung, die zuvor durch das maximum ausgeführt wurde, nun nicht mehr extern vergeben, sondern nun so oder so durch die Stadt übernommen wird. Das heisst, dass man dafür zwar Budget für eine externe Bewirtschaftung strich, es nun aber ohnehin als interne Aufgabe ausgeführt wird.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich danke für diese Klärung. So kommen wir hier nun schon zur Abstimmung. Sie sahen, dass wir hier zwei Abstimmungen durchführen müssen, einerseits haben wir über die Qualifikation zu befinden und andererseits über das Schicksal des Vorstosses. In dem Sinn geht es zuerst um Ziffer 1. Wer diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, soll dies nun bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? So geht es bereits um die nächste Abstimmung und dabei um den Antrag des Gemeinderates, die Motion für erheblich zu erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen. Wer dem so zustimmt, soll bitte seine Hand in die Höhe halten. Wer spricht sich dagegen aus. Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

I. **Die Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:**

II. **1. Die Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Käser Gerhard (SP), Scheibli Nathalie (SP), Wasem Nadine (GL) vom 29. November 2021: Langenthaler Lohnsystem und seine Stellen – Wie zeitgemäss ist es?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt das nächste Traktandum Nr. 8. Hier geht es um die Interpellation von Saima Sägesser, Gerhard Käser, Nathalie Scheibli und Nadine Wasem zum «Langenthaler Lohnsystem und seinen Stellen – Wie zeitgemäss ist es?» Auch hier geht es um ein zwingendes Geschäft und wir müssen darauf eintreten.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates liegt keine vor, da das Geschäft schriftlich beantwortet wurde. Eine Berichterstattung durch die GPK liegt ebenso wenig vor. Nun erhält die Interpellantin die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und kann dabei erklären, ob sie mit der Antwort einverstanden ist.

Sprecherin der Interpellation, Nadine Wasem (GL): Ich feiere heute nicht nur meinen Einstand als Stimmenzählerin, sondern darf auch gleich das erste Mal ans Mikrofon. Wir danken dem Gemeinderat für die lückenfreie Beantwortung unserer Fragen zum städtischen Lohnsystem. Gegen die überdurchschnittliche Fluktuation im Jahr 2020 wurden bereits Massnahmen ergriffen. Dabei wurde auch ein Projekt zum Lohnvergleich von 2019 und 2020 durchgeführt. Daraus wurden entsprechende Massnahmen im Jahr 2021 umgesetzt. In diesem Jahr wird dieser Lohnvergleich nochmals durchgeführt, um zu sehen, ob die Massnahmen ein anderes Bild ergeben. Die Weiterführung ist aber noch offen. Speziell im Sozialamt wurden nun auf den Februar hin bei mehreren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern die Löhne angepasst und entsprechend erhöht. Aus allen Antworten geht hervor, dass die nun gültige Lohnpolitik ziemlich zeitgemäss ist. Wir nehmen diese Informationen gerne so entgegen und werden uns auch in Zukunft mit dem Thema Lohn befassen, da wir der Meinung sind, dass wir mehr als nur Durchschnitt sein müssen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Eine Diskussion gibt es gemäss Art. 54 der Geschäftsordnung nur dann, wenn der Rat eine Diskussion beschliesst. Ich sehe nicht, dass dies jemand beantragt und so können wir bereits zur Abstimmung schreiten. Wer diese Interpellation abschreiben und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies bitte mit der Karte zeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig¹):

1. Die Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Käser Gerhard (SP), Scheibli Nathalie (SP), Wasem Nadine (GL) vom 29. November 2021: Langenthaler Lohnsystem und seine Stellen – Wie zeitgemäss ist es? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ Ein Stadratsmitglied befand sich zur Zeit der Abstimmung nicht im Saal.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Interpellation Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Sägesser Saima (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Unterversorgung mit Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen in Langenthal - wie weiter?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 9. Auch hier geht es nochmals um eine Interpellation. Diese wurde von Martin Lerch, Jana Fehrensens, Corinna Grossenbacher, Saima Sägesser und Mitunterzeichnende eingebracht und betrifft einen Vorstoss zur «Unterversorgung mit Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen in Langenthal wie weiter?». Es geht um die Beantwortung und Abschreibung des Geschäfts. Auch hier gilt, dass das Eintreten zwingend zu erfolgen hat.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Da eine schriftliche Antwort vorliegt, gibt es keine Berichterstattung durch den Gemeinderat. Eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission gibt es auch nicht. Aber nun erhält der Interpellation Martin Lerch die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme, um zu erklären, ob er befriedigt ist.

Sprecher der Interpellation, Martin Lerch (SVP): Ich möchte vorab dem Gemeinderat herzlich danken für die Beantwortung dieser Interpellation und vor allem auch, dass er dieses Thema als wichtig ansieht und dabei auch in Aussicht stellt, bereits im ersten Semester dieses Jahres eine vertiefte Abklärung vorzunehmen. Ich glaube, dass dies richtig und wichtig ist, weil das Thema viele Leute beschäftigt. Ich hörte mich noch einmal ein bisschen in der Szene um; es ist nach wie vor eine Unterversorgung festzustellen und es besteht ein Hausärztemangel. Diejenigen, die es noch gibt, stehen unter Druck. Daneben gibt es auch basierend auf dem Krankenversicherungsgesetz neue Vorgaben und Auflagen, die der Bund erliess. Dazu müssen neu Qualitätsmanagementsysteme erstellt und Fehlerverhinderungsstrategien entwickelt und vorgelegt werden. Es gibt auch für ausländische Ärzte neue zusätzliche Auflagen. Obwohl sie bestens qualifiziert sind, müssen sie teilweise während drei Jahren noch quasi eine Art Stage absolvieren, bevor sie selber eigenständig abrechnen dürfen.

Wieso erwähne ich dies alles? All dies führt dazu, dass die Attraktivität des Berufs als Hausarzt sinkt, obwohl sie aber wichtig wäre für unsere Bevölkerung. Der Verdienst fällt im Vergleich zu Spezialärzten eher bescheiden aus und sie haben sich wie erwähnt mit zunehmenden Hürden im administrativen Bereich auseinanderzusetzen. Von dem her ist es gut, wenn man hier ein Auge darauf hat. Es gibt Gemeinden, die das effektiv machen und aktiv unterstützen. Ich denke da an Melchnau, wozu man lesen konnte, dass dort ein Beitrag an eine Gemeinschaftspraxis geleistet wurde; aber auch im Raum Madiswil konnte man dies zur Kenntnis nehmen. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich bin selbstverständlich einverstanden mit der Abschreibung. Ich überlegte mir noch, ob man das Vorgehen analog zum Postulat zur Alten Mühle wählen könnte und den Bericht nur zur Kenntnis nimmt und die Abschreibung erst nach Vorliegen der ausführlichen Abklärungen vornimmt. Nach Durchsicht unserer Geschäftsordnung glaube ich hingegen, dass dazu wenig Spielraum besteht und ich hier nicht formaljuristisch argumentieren möchte. Ich bin einverstanden, aber das Thema ist sicherlich nach wie vor virulent und noch nicht vom Tisch. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Wie ich bereits zuvor ausführte, gibt es eine Diskussion nur, wenn sie beschlossen wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Wenn sich auch der Gemeinderat nicht mehr dazu äussern möchte, gehen wir zur Abstimmung über. Wer diese Interpellation abschreiben und das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt die nun mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):**

- 1. Die Interpellation Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Sägesser Saima (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Unterversorgung mit Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen in Langenthal - wie weiter? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

rechts um die Förderung durch Ehrungen. Da denke ich beispielsweise an spezielle Auszeichnungen von Leistungen oder von Leuten, die sich um den Sport verdient machten.

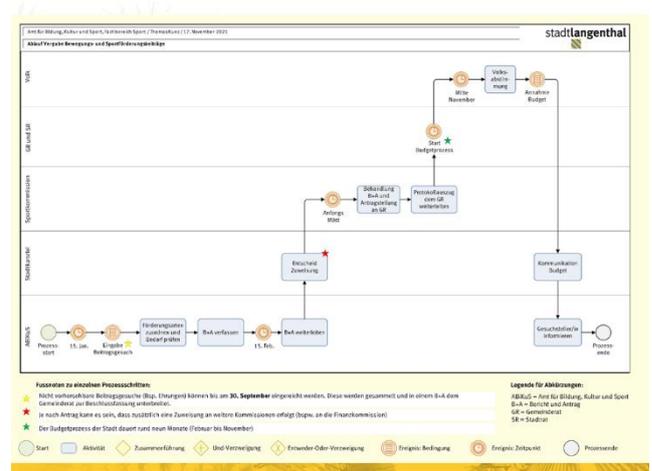
Vereine und Organisation können jeweils einmal jährlich für das Folgejahr ein Gesuch einreichen. Das heisst, dass es erstmals am 15. Januar 2023 für die Ausrichtung von finanziellen Mitteln für 2024 möglich sein wird, entsprechende Gesuche einzu-geben. Dazu stehen spezielle Gesuchsformulare zur Verfügung, um für je diese soeben vorgestellten Sportförderungsarten Anträge zu stellen. Auf jeden Fall wird es Vereine geben, die jährlich wiederkehrende Termine aufweisen. Diese sollten ihre Ein-gabe das erste Mal gründlich vornehmen, sodass dies im Folgejahr einfach nur noch angepasst wer-den muss.

Hier sehen Sie den Ablauf des Gesuchweges. Dies ist so eingerichtet, dass er auf den Budgetprozess abgestellt ist. Unten links ist angegeben, dass die Gesuche bis zum 15. Januar eingereicht sein müs-sen und anschliessend eine Überprüfung vom Fach-bereich Sport erfolgt, was zu einem Bericht und An-trag führt. Nach rund einem Monat sollten die Gesu-che geprüft sein, sodass der Bericht & Antrag an die Verwaltung weitergereicht werden kann. Dort kommt es zu einer Zuweisung, höchstwahrschein-lich zumeist an die Sportkommission, was in der Mitte mit dem braunen Kreis dargestellt ist. Zuletzt kommt der Bericht & Antrag in den Gemeinderat und fliesst dann in den ordentlichen Budgetprozess ein, mit dem Beschluss des Stadtrates und dem ab-schliessenden Volksentscheid. Nach einem hoffentlich positiven Volksentscheid werden die Vereine darüber informiert, mit welchen Unterstützungsbeiträgen sie rechnen dürfen. Im ersten Quartal des Folgejahres werden dann diese Beiträge wie bis anhin ausgerichtet.

Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal
Grundzüge neues System

Termin

- Vereine und Organisationen können an einem Termin pro Jahr Gesuche um finanzielle Unterstützung für das Folgejahr stellen.
- Erstmals am 15. Januar 2023 für das Jahr 2024.
- Es stehen verschiedene Gesuchsformulare gemäss den verschiedenen Förderungsarten zur Verfügung.





Das Berechnungssystem gestaltete sich bislang so, dass man den Vereinen Beiträge von rund Fr. 50'000.00 zusprach. Zusätzlich leistete man Infrastrukturbeiträge in der Höhe von Fr. 15'000.00 für all diejenigen, die an fremden Orten ihre Trainings durchführen. Für die Schützenvereine wurden Fr. 5'000.00 Schiessgelder ausgerichtet. Sodann brauchte es auch immer wieder Nachkredite und Gebührenerlasse für Veranstaltungen, die im Jahr vor Corona durchschnittlich bei Fr. 20'000.00 lagen. Dies entspricht in etwa der Ausgangslage.

Künftig wird dies natürlich ein wenig variieren und nicht in jedem Jahr gleich ausfallen, was davon abhängig ist, je nachdem welche Anlässe und Programme die Vereine durchzuführen beabsichtigen. Bis anhin wurden dafür jährlich rund Fr. 90'000.00 gesprochen. Dabei nicht eingeschlossen sind die Leistungsverträge, die mit einigen wenigen Vereinen vereinbart wurden und ja zum Teil vom Volk absegnet sind, sodass an diesen Zahlungen im Rahmen dieser Beiträge hier nicht gerüttelt werden kann.

Ich komme somit zur Zusammenfassung. Durch diese Zuordnung der Massnahmen zu den jeweiligen Förderungsarten sollte die ganze Sache in der Bearbeitung und der Übersicht vereinfacht werden. Das Ganze sollte transparenter, gerechter und für Aussenstehende besser nachvollziehbar werden. Das Amt für Bildung, Kultur und Sport ist beauftragt, auf der Grundlage dieses Dokuments zu gegebener Zeit weitere Massnahmen zu beantragen. Aktuell findet sich auch in den Regierungsrichtlinien auf Seite 11 eine solche Massnahme, die uns dann noch beschäftigen wird. Es steht dort, «dass die Stadt ein Konzept zur spezifischen Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bewegung und Sport initiiert, entwickelt und bis 31. Dezember 2024 umsetzt».

Wie sehen nun die weiteren Schritte aus? Der erste Schritt umfasst nun eben das Aufschalten des Konzepts auf der Webseite, was morgen früh passiert. Anschliessend erfolgt die Orientierung der Vereine und Organisationen sowie die Einladung zu einem Workshop. Das Konzept muss entsprechend gut vermittelt und die Vereine gut darin unterstützt werden. Sicherlich erfolgt auch nochmals eine Orientierung an der jährlichen Sportpräsidiumskonferenz von Oktober 2022. Im ABiKuS¹ ist man zudem sicherlich jederzeit bereit, die Verantwortlichen der Vereine beim Ausfüllen dieser neuen Gesuchsformulare zu unterstützen. Die ersten Gesuche sollten somit in rund elf

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.

stadtlangenthal

Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal

Berechnungssystem

Aktuelle Bewegungs- und Sportförderungsbeiträge (Budget 2021)

- Vereinsbeiträge: Fr. 50'000.00
- Infrastrukturbeiträge: Fr. 15'000.00
- Schiessgeld Schützengesellschaft: Fr. 5'000.00
- Nachkredite und Gebührenerlasse für Veranstaltungen: Ø Fr. 20'000.00

Total: Fr. 90'000.00 (alle Beträge gerundet)

stadtlangenthal

Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal

Zusammenfassung

Nutzen

- Durch die Zuordnung zu den Förderungsarten bzw. Förderungsmaßnahmen wird die **Übersicht über die Vergabe der Beiträge** verbessert und die **Bearbeitung** der Gesuche durch Verwaltung, Sportkommission und Gemeinderat **vereinfacht**.
- Mit dem vorliegenden Dokument "Konzept und Massnahmen Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal" liegt ein **Instrument** vor, um eine **transparentere, möglichst gerechte und besser nachvollziehbare Bewegungs- und Sportförderung für die Stadt Langenthal** zu installieren.
- Das Amt für Bildung, Kultur und Sport wird beauftragt, auf der Grundlage des Dokuments "Konzept und Massnahmen Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal" den zuständigen Behörden **zu gegebener Zeit weitere Massnahmen zur Umsetzung** zu beantragen.

stadtlangenthal

Bewegungs- und Sportförderung der Stadt Langenthal

Weitere Schritte

Termine

1. Aufschalten der Gesuchvorlagen auf der Website
2. Information an Vereine mit Einladung zum Workshop im März/April 2022
3. Information an Präsidentenkonferenz am 22. Oktober 2022
4. Eingabe Gesuche bis 15. Januar 2023
5. Erstmalige Vergabe Bewegungs- und Sportförderungsbeiträge nach dem neuen System ab 2024



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

Monaten beim ABiKuS eingereicht sein, damit diese Vorgehensweise im Folgejahr 2024 zu greifen beginnt. Das wäre nun also unser Vorschlag. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank für die Ausführungen. Weitere Mitteilungen des Gemeinderates liegen mir nicht vor. Gibt sonst noch etwas, das seitens des Gemeinderates mitzuteilen ist? Das ist nicht der Fall.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 A. Eingereichte Motion Kummer Robert (FDP), Barben Stefanie (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Fluri Patrick (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Sigrist Michael (EVP) und eine Mitunterzeichnende vom 21. Februar 2022: Einführung eines vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate

Motionstext:

"Einführung eines vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Händen des Stadtrates eine Vorlage mit dem folgenden Inhalt auszuarbeiten.

Alle Motionen und Postulate erfordern einen vorgängigen parlamentarischen «Überweisungsbeschluss», bevor die Exekutive den Bericht und Antrag zur Beschlussfassung über eine Erheblichkeitserklärung erarbeitet.

Begründung:

Über die letzten drei Jahre wurden nicht weniger als insgesamt 39 Motionen und 16 Postulate von Langenthaler Stadträtinnen und Stadträten eingegeben. Diese alle werden jeweils reglementskonform und innerhalb der gegebenen Frist von der Verwaltung bearbeitet und alsdann dem Parlament zur Erheblichkeitserklärung vorgelegt.

Die Ausführlichkeit der Berichterstattungen ist je nach Thema sehr unterschiedlich und so ist es in vergangener Zeit schon mehrfach vorgekommen, dass sehr detaillierte und umfangreiche B&As im Stadtrat zu keiner Erheblichkeitserklärung geführt haben. Aus unserer Sicht sind die Erheblichkeitserklärungen nicht wegen der B&As durchgefallen, sondern weil die eingebrachten Angelegenheiten von vorneherein keine Mehrheit im Parlament finden.

Mit einem vorgängigen «Überweisungsbeschluss» zu Motionen und Postulaten können unnötige Arbeitsstunden und Kosten innerhalb der Verwaltung vermieden werden und letztlich sind auch die Verfasser der B&As nicht frustriert, wenn sich das Parlament gegen bereits gut ausgearbeitete Vorlagen entscheidet."

*Kummer Robert
(Erstunterzeichnender)*

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11. B Eingereichte Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022: Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026

Motionstext:

"Ausgabenreduktion beim Aufwand für «externe Experten» in den Jahren 2023-2026

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- 1. die städtischen Ausgaben in den Jahren 2023-2026 für Honorare an «externe Experten» für Gutachten, Revisionen von Reglementen, Verfassen von Strategiepapieren, Konzepten, etc. gemäss den Erfolgsrechnungen und Verpflichtungskreditkontrollen zu reduzieren. Dies um 25% des Durchschnitts des diesbezüglichen Aufwandes der Jahre 2019-2021.*
- 2. Die Einhaltung dieser Vorgabe ist durch geeignete Massnahmen sicherzustellen.*

Begründung:

- 1. Gestützt auf eine Interpellation im Jahre 2021 hat der Gemeinderat die Ausgaben für «externe Experten» für die Jahre 2019 und 2020 öffentlich gemacht, soweit dies nach eigenem Bekunden mit verhältnismässigem Aufwand möglich war. Um die Durchschnittsausgaben der Jahre 2019-2021 zu ermitteln, ist deshalb vorerst der entsprechende Aufwand für 2021 zu eruieren. Im Jahre 2019 hat die Stadt Langenthal in diesem Bereich mehr als CHF 700'000 und im Jahr 2020 mehr als CHF 600'000 ausgegeben.*
- 2. Die Erfahrung auf allen 3 staatlichen Ebenen zeigt, dass der Beizug von externen Experten nicht nur sehr kostspielig ist, sondern oft auch nicht die gewünschten Resultate bringt, wie Beispiele auch in Langenthal bestätigen.*
- 3. Aufträge an externe Experten können dort sinnvoll sein, wo effektiv Fachwissen in der städtischen Verwaltung fehlt. Aber selbst in diesen Fällen ist ein intensives «Briefing» und eine enge Begleitung der externen Experten durch Behörden- und/oder Verwaltungskader der Stadt unabdingbar. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die externen Experten nicht die gewünschten Resultate beibringen.*
- 4. Aufgrund der Erfahrungen und Erwägungen in den obigen Ziffern ergibt sich, dass es oft zweckmässiger und zielführender ist, wenn die Arbeiten nicht an externe Experten delegiert, sondern von Verwaltungskadern, Behördenmitgliedern und von ortsansässigen Milizpersonen ausgeführt werden.*
- 5. Mit der vorliegenden, moderaten Reduktion der Ausgaben in diesem Bereich verliert der Gemeinderat seine Handlungsfreiheit nicht; er wird aber eingeladen, Aufträge an externe Experten moderat zu reduzieren und so auch die angespannten Stadtfinanzen zu entlasten. Dadurch kann der Gemeinderat auch Goodwill bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt generieren und damit einem weitverbreiteten Unbehagen entgegenzutreten, wonach solche Ausgaben oft als überrissen empfunden werden."*

*Lerch Martin
(Erstunterzeichnender)*

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 C.

Eingereichte dringliche Interpellation Dietrich Pascal (parteilos), Grossenbacher Corinna (SVP), Ruckstuhl Irene (FDP), Bircher Daniel (FDP), Fankhauser Janosch (SVP) vom 21. Februar 2022: Absage der Langenthaler Schneesportlager – bleibt es dabei?

Interpellationstext:

"Absage der Langenthaler Schneesportlager – bleibt es dabei?"

Anfrage:

1. *Wie wird die Absage sämtlicher Schneesportlager der Langenthaler Schulen mit Blick auf die seit Wochen erwartete Aufhebung der meisten „Corona-Massnahmen“ begründet?*
2. *Ist dem Gemeinderat bewusst, dass mit dieser erneuten Absage hunderte Kinder und Jugendliche um enorm wichtige sportliche und soziale Erfahrungen und Erlebnisse gebracht werden, was für ihre weitere Entwicklung höchst bedauerlich ist?*
3. *Nachdem nun der Bundesrat am 16. Februar 2022 (mit Ausnahme der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr und in Gesundheitseinrichtungen) sämtliche „Corona-Massnahmen“ tatsächlich aufgehoben hat, wären Schneesportlager in den nächsten Wochen ohne weiteres möglich. Da viele (aber längst nicht alle!) Schulen ihre Lager abgesagt haben, dürfte auch die Suche nach Unterkünften erfolgreich sein. Was unternimmt der Gemeinderat in dieser stark veränderten Situation, um die Durchführung der Lager im März im Interesse der Langenthaler Kinder und Jugendlichen doch noch zu ermöglichen?*

Begründung:

Am 27. Januar 2022 hat die Schulleitungskonferenz kommuniziert, sie habe „aufgrund der aktuellen Corona-Situation schweren Herzens entschieden, alle Skilager für das Jahr 2022 abzusagen“. Dies obschon zu diesem Zeitpunkt bereits zunehmend erkannt wurde, dass die Omikron-Variante des Corona-Virus punkto Schweregrad mit einer „richtigen Grippe“ (Influenza) verglichen werden kann und die Aufhebung eines Grossteils der „Corona-Massnahmen“ deswegen Mitte oder spätestens Ende Februar 2022 erfolgen dürfte. Zum zweiten Mal nacheinander wird damit eines der wichtigsten sozialen und sportlichen Integrationsmittel der Schule der Pandemie geopfert. Bereits der Entscheid vom 27. Januar 2022 ist deshalb in unseren Augen höchst fragwürdig. Zwar haben Schulen in vielen anderen Gemeinden ihre Lager auch abgesagt. Eine ganze Reihe von Gemeinden hat sich aber auch entschieden, die Lager durchzuführen, dies zur Freude der Eltern und Schüler.

Inzwischen hat sich die Lage aber sowieso geändert, fast alle sogenannten „Corona-Massnahmen“ wurden am 16. Februar 2022 aufgehoben. Unter diesen Umständen wären Skilager im März 2022 problemlos möglich. Es wäre deshalb zu erwarten, dass der Entscheid vom 27. Januar 2022 in Wiedererwägung gezogen und umgehend mit der Organisation von Lagern begonnen wird."

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 21. Februar 2022 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit durch Dietrich Pascal (parteilos): Zum Zeitpunkt der nächsten Sitzung, Ende März 2022, neigt sich der Winter dem Ende zu und die Aktualität der Interpellation geht anschliessend verloren.

*Dietrich Pascal
(Erstunterzeichnender)*



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.⁹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

1 Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



11 D.

Eingereichte Interpellation Freudiger Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Janosch (SVP), Lerch Martin (SVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Februar 2022: Gräber für Muslime in Langenthal – offene Fragen klären

Interpellationstext:

"Gräber für Muslime in Langenthal – offene Fragen klären

Anfrage:

Die Stadt Langenthal plant auf dem Friedhof Geissberg 40 Gräber für Verstorbene muslimischen Glaubens. Anders als es die Medienberichterstattung glauben machen könnte, scheinen nach erfolgten Rückfragen aber keine Sonderrechte für Muslime geplant. Zwecks verbindlicher Klarstellung des Sachverhalts gegenüber der Öffentlichkeit sind folgende Fragen angezeigt:

- 1. Werden die Grabfelder nach Geschlechtern getrennt angeordnet?*
- 2. Wird (aus muslimischer Sicht) "unreine" Erde zur Schaffung der Gräber ausgehoben?*
- 3. Sind Abweichungen von der reglementarischen Ruhedauer von 25 Jahren vorgesehen?*
- 4. Ist geplant, auf dem Friedhof bestehende christliche Symbole zu demontieren?*
- 5. Werden die sterblichen Überreste bei Erdbestattungen in Tüchern in die Erde gelegt (anstatt gemäss Reglement in Särgen)?*
- 6. Werden Konzessionen in Bezug auf die reglementarischen Grabmasse oder Grabmalmasse oder die reglementarisch zulässigen Werkstoffe bzw. Gestaltungen für Grabmäler gemacht?*
- 7. Werden Konzessionen in Bezug auf Art. 4 Abs. 1 BestV gemacht, wonach die Leichen frühestens 48 Stunden nach Todeseintritt bestattet werden?*
- 8. Führen die geplanten 40 Grabfelder dazu, dass künftig Platzmangel auf dem Friedhof besteht?*
- 9. Ist der Gemeinderat bereit zuzusichern, dass er allfällige zukünftige Begehrlichkeiten im Sinn der Fragen 1-7 konsequent ablehnen wird?*
- 10. Trifft es zu, dass für die Realisierung allfälliger zukünftiger Begehrlichkeiten im Sinn der Fragen 1-7 zwingend das bestehende Bestattungs- und Friedhofsreglement vom 25. Januar 1999 geändert werden müsste?*

Begründung:

Im Jahr 2016 reichte die SVP-Fraktion eine Motion mit dem Titel "Prioritäten im Friedhofswesen richtig setzen" ein (Motion MWC_2016_004 der SVP-Fraktion). Dort wurden auch Forderungen in Bezug auf Anliegen nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften, konkret von Muslimen, gestellt. Die Motion wurde abgelehnt. Können die gestellten Fragen 1-8 aber mit Nein beantwortet werden, sind die Forderungen des damaligen Vorstosses trotz Ablehnung umgesetzt, was mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wird. Gegen eine Lösung, welche für die aus der Religionsfreiheit sich ergebenden Ansprüche Raum lässt, ist nichts einzuwenden. Zentral ist jedoch, dass mit den 40 Gräbern weder Sonderrechte noch ein Freipass für künftige Begehrlichkeiten geschaffen werden. Zudem muss gewährleistet bleiben, dass kein Platzmangel auf dem Friedhof entsteht. Die Beantwortung der gestellten Fragen gibt dem Gemeinderat Gelegenheit, öffentlich und verbindlich Rechenschaft abzulegen."

*Freudiger Patrick
(Erstunterzeichnender)*



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 21. Februar 2022

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kamen so zum Ende unserer ersten Sitzung im 2022. Ich danke Ihnen allen für das rege, aktive und konstruktive Mitmachen. Ich danke vor allem auch meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern auf dem Podium, war es doch für uns alle ein bisschen neu. Die nächste Sitzung findet gemäss Fahrplan heute in fünf Wochen, am 28. März 2022, statt. Ort und Zeit werden rechtzeitig bekanntgegeben. Und nun bleibt mir nur noch Ihnen eine gute Zeit bis dahin zu wünschen und bleiben Sie vor allem gesund, Massnahmen hin oder her. Die Sitzung ist somit geschlossen, merci vielmals.